

Gleichstellung

Gebildet, arm – und weiblich

Seraina Kobler 18.10.2014



Jährlich werden in der Schweiz 2,8 Milliarden Arbeitsstunden für die Betreuung von Kindern und Erwachsenen aufgewendet. Sie sind der Hauptgrund für die Frauenarmut. (Bild: Adrian Baer / NZZ)

Nie waren Frauen in der Schweiz besser ausgebildet, und immer mehr von ihnen gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Trotzdem sind sie häufiger ärmer als Männer. Der Bund zieht in einem Bericht die Bilanz aus 15 Jahren Gleichstellungs-Arbeit.

Nach dem Lehrabschluss noch die Berufsmatura gemacht, danach an der Fachhochschule studiert, Praktika im Ausland absolviert und bis zum ersten Kind Vollzeit gearbeitet. Die Lebensläufe von Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt: Insbesondere die Beteiligung am Erwerbsleben und das Bildungsniveau haben zugenommen. Trotzdem haben Frauen ein höheres Armutsrisiko als Männer.

Dies hat verschiedene Ursachen, wie der gerade veröffentlichte Bericht über den «Aktionsplan Schweiz für die Gleichstellung von Mann und Frau» zeigt. Er wurde vom Eidgenössischen Departement des Innern und vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten in Auftrag gegeben und zieht eine Bilanz der letzten 15 Jahre. In diesen diente der Aktionsplan als Arbeitsinstrument, um die Gleichstellung von Mann und Frau voranzutreiben.

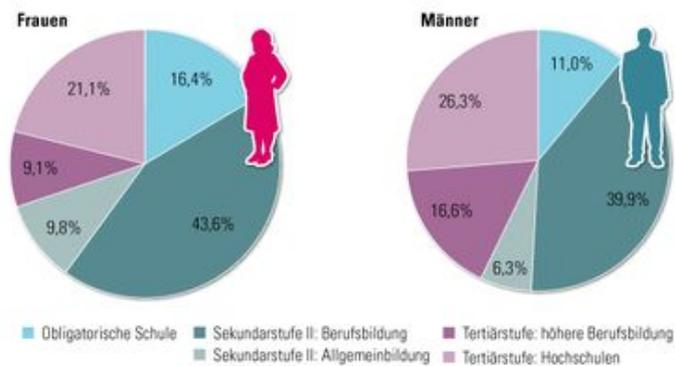
Pflegen und gepflegt werden

Jährlich werden in der Schweiz 2,8 Milliarden Arbeitsstunden für die Betreuung von Kindern und Erwachsenen aufgewendet. Sie sind der Hauptgrund für die Frauenarmut. Denn vier Fünftel der Arbeitsstunden sind unbezahlt und werden oft von Frauen geleistet. Umgerechnet auf einen marktüblichen Lohn wird jährlich Pflegearbeit im

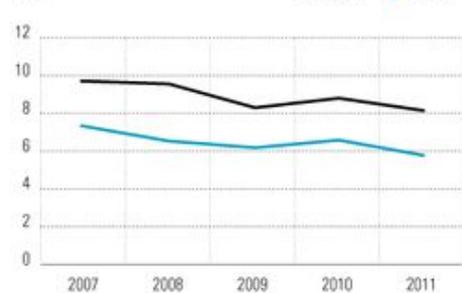
Wert von 80 Milliarden Franken erbracht. Das ist gleich viel, wie die gesamten Arbeitskosten im Baugewerbe und Handel zusammen ausmachen.

Eckdaten zu Frauen und Gleichstellung

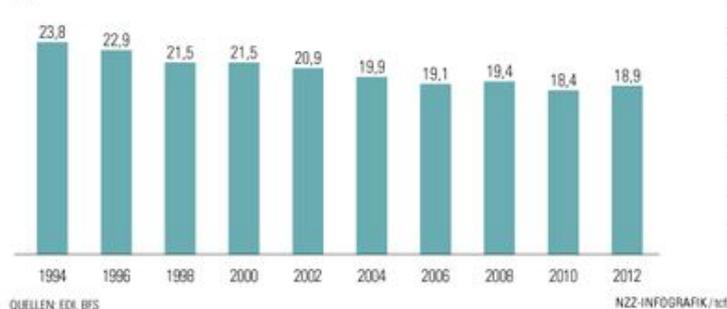
Bildungsstand der Wohnbevölkerung, 2012



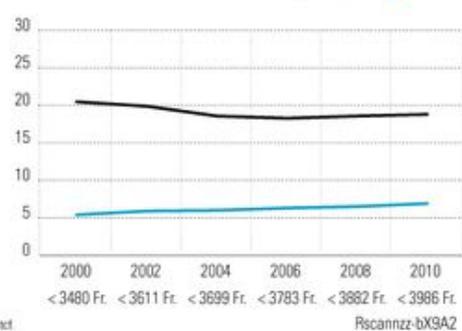
Armutsquote der Schweizer Wohnbevölkerung
In %



Lohnunterschied im privaten Sektor
In %



Arbeitnehmende mit einem Tieflohn
In %



Um Kinder, kranke Angehörige oder betagte Verwandte zu betreuen, unterbrechen Frauen ihre Arbeitsbiografien öfter als Männer. Die Folgen: tiefere Einkommen und weniger Karrieremöglichkeiten. Gleichzeitig sinkt die Absicherung durch die Sozialversicherung, weil die sogenannte «Care-Arbeit» dort nicht berücksichtigt wird. Im Alter pflegen die Frauen, deren Lebenserwartung generell höher ist, ihre Männer. Nach deren Tod sind sie dann selber auf (bezahlte) Pflegeleistung und Sozialhilfe angewiesen. Zwar sind die Armutsquoten in der Schweiz in den letzten Jahren insgesamt gesunken. Der Abstand zwischen den Geschlechtern ist aber konstant geblieben. Auffällig ist, dass auch erwerbstätige Frauen häufiger von Armut betroffen sind – sie weisen eine fast doppelt so hohe Armutsquote auf wie erwerbstätige Männer. Auch in den Gruppen der besonders von Armut Betroffenen wie Alleinerziehende, ältere Menschen oder Erwerbslose sind Frauen tendenziell stärker vertreten als Männer.

677 Franken minus im Monat

Der Bericht macht überdies deutlich, dass auch gut verdienende Frauen beim Lohn diskriminiert werden. Obwohl die Lohngleichheit seit 1981 in der Bundesverfassung verankert ist, beträgt sie in der Privatwirtschaft noch immer 18,9 Prozent. Im Jahr 2010 verdiente eine Frau in der Privatwirtschaft bei gleicher Bildung und Erfahrung durchschnittlich 677 Franken weniger im Monat als ihr männlicher Kollege. Dies entspricht laut dem Bundesamt für Statistik einem Diskriminierungseffekt von 7,7 Milliarden Franken im Jahr.

Seit der Verabschiedung des Aktionsplans wurden aber auch wichtige sozialpolitische Neuerungen eingeführt, um die Stellung der Frau zu verbessern. So sieht das neue Scheidungsrecht von 2000 eine hälftige Teilung des Pensionskassenguthabens bei der Scheidung vor. Problematisch sei aber, dass sich die berufliche Vorsorge noch immer am Modell einer Familie mit einem Ernährer orientiere und so «den unterschiedlichen Arbeits- und Lebensmodellen zu wenig Rechnung trägt». Daher stellen Trennungen und Scheidungen für Frauen ein grosses Armutsrisiko dar. Die Praxis beim Vorsorgeausgleich weiche häufig von der hälftigen Teilung des in der Ehe erworbenen Vorsorgeguthabens ab. Schuld daran sei, dass die während der Ehe wahrgenommenen Betreuungsaufgaben nicht entlohnt würden. Mit der laufenden Revision des Vorsorgeausgleichs bei Scheidung soll die wirtschaftliche Situation von Frauen verbessert werden. Weiter werden ab Januar 2015 bei gemeinsamer elterlicher Sorge die AHV-Erziehungsgutschriften neu geregelt. Diese werden nicht mehr grundsätzlich aufgeteilt, sondern dem Elternteil angerechnet, der den überwiegenden Teil der Betreuungsarbeit leistet.

Quote für den Teilzeitmann

Das Schlüsselthema auf dem Weg zur Gleichstellung bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie gehört zu den meistdiskutierten gesellschaftspolitischen Fragen der jüngsten Zeit. Bisher richtete sich der Fokus fast ausschliesslich auf die Erwerbstätigkeit von Müttern in Teilzeit. Diese ist inzwischen gesellschaftlich akzeptiert. Die Vollzeit arbeitende Mutter und der teilzeitlich tätige Vater waren dagegen bisher weniger ein Thema.

Dies will die grüne Nationalrätin Aline Trede ändern. Tredes Lösung ist eine Quote für den Teilzeitmann. Mit einer Motion will sie den Bundesrat beauftragen, 20 Prozent aller Stellen in der Bundesverwaltung in Teilzeitstellen für Männer umzugestalten. Fehlanreize im Tarif- und Steuersystem würde aber auch diese Massnahme nicht beheben. Besonders bei höher qualifizierten Müttern und Vätern bleibt vom Zweiteinkommen wegen der hohen Fremdbetreuungskosten wenig übrig.

Sind beide Eltern erwerbstätig, fallen zudem höhere Steuern an. Der 2011 auf Bundesebene eingeführte Fremdbetreuungsabzug ist dabei nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn bei den kantonalen Steuern variiert die maximale Abzugshöhe stark und liegt teilweise sehr tief. Trotz den erreichten Meilensteinen wie etwa der Mutterschaftsversicherung, dem Recht auf Abtreibung oder der besseren Bildung macht der Bericht klar: Es gibt noch viel zu tun in puncto Gleichstellung.